

# PETA

## Wahlprüfsteinfragen zur Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022

### 1. Landwirtschaft

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Niedersachsen im Durchschnitt nur alle 21 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

*Eher Ja. Auch wir, als Grüne in Niedersachsen, haben in den vergangenen Jahren mehrfach die viel zu geringe Kontrollquote in der landwirtschaftlichen Tierhaltung aber auch der Schlachtindustrie bemängelt. Wir setzen uns daher für eine deutliche Erhöhungen der Kontrollfrequenz ein. Erhöhte Personalbedarfe der Kommunen sind dementsprechend vom Land finanziell auszugleichen.*

### 2. Tiertransporte

Viele Bundesländer haben Tiertransporte in Länder außerhalb der EU gestoppt. Einige niedersächsische Landkreise gelten als bundesweite „Drehkreuze“ für die Abfertigung<sup>1</sup>.

Wird sich Ihre Partei für ein ausnahmsloses Verbot von Tiertransporten in EU-Drittländer einsetzen?

*Ja. Die Tiertransporte in EU-Drittstaaten stehen zurecht seit Jahren in der Kritik. Die Transporte lassen sich nicht tierschutzkonform durchführen, auch wenn die an sie gestellten Anforderungen erfüllt würden. Selbst letzteres ist leider vielfach nicht der Fall. Wir werden uns daher mit Nachdruck für einen rechtssicheren transportstopp einsetzen.*

### 3. Ernährung

Die „Tierproduktion“ zählt zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

*Ja. Mensen und Kantinen sind aus unserer Sicht nicht nur Orte der Nahrungsaufnahme. Insbesondere staatliche Angebote müssen auch den Auftrag der Ernährungsbildung verwirklichen und Nachhaltigkeit vorleben. Daher wollen wir das Mensaangebot auf Bio-Produkte umstellen und das vegane Angebot stärken.*

**4. Tierversuch/Lehre** Für die Lehre an Universitäten (Sezierkurse Biologie u.a.) werden viele Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Hochschulen bereits Studiengänge ohne Tierversuch anbieten. In neun Bundesländern ist im Landeshochschulgesetz festgelegt, dass die Universitäten auf Antrag der Studierenden tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten haben.

Befürwortet Ihre Partei die Aufnahme einer Wahlmöglichkeit in das Landeshochschulgesetz?

*Ja.*

## 5. Jagd

In verschiedenen Bundesländern wurden aus Tierschutzgründen Totschlagfallen weitgehend untersagt, die Jagd auf Haustiere abgeschafft und die Baujagd eingeschränkt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Landesjagdgesetz unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Staatszielbestimmung Tierschutz erneut überarbeitet wird?

*Ja. In der letzten Legislaturperiode hat auf dem Gebiet der Jagd unter der Regierung der großen Koalition einige Verschlechterungen für den Tierschutz gegeben. So wurden Jagdzeiten ausgeweitet für bestimmte Arten erweiterte Jagdtechniken zugelassen und der Muttertierschutz ausgehöhlt. Insbesondere die Bau- und Fallenjagd inkl. der Ausbildung von Jagdhunden in Schlieffenanlagen wollen wir beenden. Die wenigen positiven Änderungen im Jagdrecht, wie das Verbot der Jagd mit bleihaltiger Munition, welches vielen Wildtieren zu Gute kommt, möchten wir indes beibehalten.*

## 6. Angeln ohne Tierköder

Laut Tierschutzgesetz darf ein Tier nur aus einem „vernünftigen Grund“ getötet werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch tote Fische und wirbellose Tiere angesichts der Verfügbarkeit von künstlichen Ködern nicht mehr beim Angeln verwendet werden dürfen?

*Eher Nein. Zurecht dürfen Tieren nicht ohne „vernünftigen Grund“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Bei den Straf- und Bußgeldvorschriften des Tierschutzgesetzes wird jedoch im Wesentlichen auf Wirbeltiere verwiesen. Zudem wird derzeit noch die waidgerechte Jagdausübung als vernünftiger Grund i.S.d. Tierschutzgesetzes angesehen. Wir sehen daher kurzfristig wenig Möglichkeiten weitere Einschränkungen bei der Angelausübung rechtssicher durchsetzen zu können.*

**7. Schutzgebiete für Fische** Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Gewässern des Landes neue Gebiete ausgewiesen werden, in denen jeglicher Fischfang verboten ist („no take zones“)?

*Ja. Grundsätzlich sind für einen Interessensausgleich in Bezug auf die Nutzung und die Funktion von Gewässern; vom Naherholungsräumen bis hin zu Naturschutzbelangen. Grundsätzlich sind wir dafür den Umwelt- und Naturschutz in landeseigenen Gewässern auszubauen. Darüber hinaus wollen wir die seit Jahren schlechten Zustände der niedersächsischen Gewässer spürbar verbessern und den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie endlich gerecht werden.*

## 8. Informationsfreiheit

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Niedersachsen ein Informationsfreiheitsgesetz etabliert wird?

*Ja. Niedersachsen ist eines der letzten Bundesländer ohne ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir wollen hier noch weiter gehen und werden ein Transparenzgesetz einführen. So geben wir allen Bürger\*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen Informationen. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante Entwicklungen verpflichtet werden.*